

Grüne beantragen finanzielle Unterstützung für Kreisschülerrat

Mehrheit im Kreistag erteilt Zustimmung

Der Kreistag Vorpommern-Rügen soll prüfen, ob der Kreisschülerrat künftig mit finanziellen Mitteln für seine ehrenamtliche Arbeit ausgestattet werden kann. Einen entsprechenden Antrag initiierten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + DIE PARTEI und brachten ihn gemeinsam mit SPD, CDU und DIE LINKE erfolgreich in die Sitzung des Kreistages am 23. März 2026 ein. Die AfD stimmte als einzige Fraktion dagegen.

Der Kreisschülerrat, der als gesetzlich verankertes Gremium gemäß Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern bei jugendrelevanten Themen angehört werden muss, hatte in einem Gespräch mit der Grünen-Fraktion auf bestehende Defizite hingewiesen. *„Die Schüler*innen leisten wichtige demokratische Arbeit, erhalten dafür aber keine finanzielle Unterstützung – weder für Fahrtkosten noch für Materialien“*, erklärte Anett Kindler, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen. *„Ihre Forderungen sind konkret und umsetzbar. Der Landkreis soll hier Verantwortung übernehmen.“*

Der Antrag sieht vor, dass der Landrat prüft, inwieweit eine Haushaltsposition für den Kreisschülerrat geschaffen werden kann. Vorbild ist der Landkreis Vorpommern-Greifswald, der sein Gremium bereits mit 5.000 Euro jährlich unterstützt. *„Die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen ist ein zentrales Anliegen unserer Demokratie“*, so Kindler. *„Mit diesem Schritt setzen wir ein klares Zeichen für Wertschätzung und strukturelle Einbindung.“*

Der Kreisschülerrat hatte während ihres Besuchs bei der Grünen Fraktion zudem weitere Forderungen formuliert, darunter ein vergünstigtes Deutschlandticket für Schüler*innen, Mittel für Präventionsprojekte gegen Extremismus in sowie eine bessere Digitalisierung der Schulen. Ein Folgegespräch mit der Grünen-Fraktion ist für Mai 2026 geplant.

V.i.S.d.P.: Marlen Schulz, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + DIE PARTEI im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund